

*„NICHT DER KRIEG IST DER ERNSTFALL ... , SONDERN DER FRIEDEN IST DER ERNSTFALL, IN DEM WIR UNS ALLE ZU BEWÄHREN HABEN“*

*Bundespräsident Gustav Heinemann in seiner Antrittsrede am 1. Juli 1969 im Plenarsaal des Bundestags*

Diese Worte verband der neugewählte Bundespräsident mit dem Hinweis auf eine besondere Verantwortung der Politiker, „die wir kraft der uns erteilten Mandate Verantwortung für unsere Mitbürger tragen.“

Doch wird unsere Regierung dieser Verantwortung gerecht, wenn sie

- die saudischen Diktatoren mit großen Mengen von ihnen gewünschter Waffen versieht?!
- Deutschland zum viertgrößten Waffenexporteur der Welt macht?!
- in der Türkei Terroristen durch Patriot-Raketen ein sicheres Rückzugsgebiet verschafft?!
- weiterhin die Stationierung einsatzbereiter Atomwaffen in Deutschland zulässt?!
- sich nicht gegen ein Raketenabwehrsystem stellt, das den atomaren Erstschlag ermöglicht?!
- in ihrer Ukraine-Politik allein auf Diplomatie setzt, ohne dasselbe von der von ihr favorisierten Kiewer Bürgerkriegsseite zu verlangen?!
- in einer schweren Krise den Ausschluss Russlands aus der G8 und die Aussetzung des Nato-Russland-Rats mitträgt und Osteuropa gleichzeitig zu einem Aufmarschgebiet gegen Russland macht?!

Wir verlangen den sofortigen Übergang zu einer glaubwürdigen Politik des Friedens !!

Dazu gehört auch

- der vollständige Verzicht auf unbemannte Morddrohnen, die Realisierung der Zusage, sie zum Bestandteil von Abrüstungsverhandlungen zu machen und ein an die USA gerichtetes Verbot ihres Einsatzes von deutschem Boden,
- die kompromisslose Bekämpfung der militärischen Nutzung von abgereichertem Uran, das die vorgeburtliche Entwicklung von Kindern über Jahrmilliarden schädigt,
- die Abkehr vom Streben nach einer größeren militärischen Rolle Deutschlands und sein Ersatz durch eine Politik, die Militär auf lange Sicht überflüssig macht,
- eine andere Medienpolitik (es ist kein Zustand, dass wir wesentliche Fakten nicht über die Berichterstattung der gängigen Medien, sondern über Satiresendungen erfahren!),
- eine Anerkennung der Tatsache, dass politische Bildung in einer demokratischen Gesellschaft nicht Sache des Militärs sein kann.

Wie unbeeindruckt die Bundesregierung über zwingende Argumentationen der Öffentlichkeit hinweggeht, hat zuletzt ihre Behandlung des sogenannten Freihandelsabkommens, von Fracking und die faktisch hingegenommene Ausspähung von uns allen durch US-amerikanische und britische Geheimdienste deutlich gemacht. Um zu verhindern, dass unsere existentielle Forderung nach einer aktiven Friedenspolitik in gleicher Weise abgetan wird, wird unser Protest nicht nur hörbar, sondern spürbar werden müssen.